



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Studierendenansturm als Chance begreifen – Politik muss jetzt handeln!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Länder und Bund mit ihren Prognosen zum Studierendenansturm falsch lagen: Es haben sich viel mehr junge Menschen auf einen Studienplatz an einer Hochschule beworben als prognostiziert wurde.

Die Hochschulen unseres Landes stehen vor immensen Herausforderungen: fehlendes Personal, Raumknappheit und fehlender günstiger Wohnraum. Es muss Ziel der Politik sein, den zahlreichen jungen Menschen eine gute Perspektive für ihr Studium zu geben. Für unser Land ist der Studierendenansturm eine Chance und es muss die Hochschulen als Standortfaktor begreifen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 1) Die Landesregierung soll zusammen mit dem Bund und den anderen Ländern noch in diesem Herbst einen Krisengipfel zur Situation der Hochschulen einberufen.
- 2) Gemeinsam mit Bund und Ländern soll die Landesregierung darauf hinwirken, dass schon für das Sommersemester 2012 weitere Studienplätze entstehen, bspw. durch das Vorziehen des Hochschulpakts III und der bereits verhandelten Kontingente für die Folgejahre im Hochschulpakt II.

- 3) In einer von der Landesregierung einzuberufenden Arbeitsgruppe sollen unter Einbeziehung von Hochschulen, Studierendenvertretungen, Studentenwerk und Hochschulstädten passgenaue Lösungen für die einzelnen Hochschulen des Landes entwickelt werden.
- 4) Im Rahmen der Wohnraumförderprogramme des Landes soll durch Umschichtung innerhalb bestehender Programme die Möglichkeit eröffnet werden, verstärkt kostengünstigen Wohnraum für Studierende zu schaffen, da die Städte mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden dürfen.
- 5) Mit den Hochschulen soll die Landesregierung prüfen, ob zur Entzerrung des Studierendenansturms die meisten Studiengänge zum Sommer- und Wintersemester angeboten werden können.
- 6) Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene darauf zu drängen, dass das dialogorientierte Serviceverfahren zur zentralen Vergabe von Plätzen in Studiengängen mit örtlicher Zulassungsbeschränkung bis spätestens zum Wintersemester 2012 eingeführt wird. Gleichzeitig sollen, wie in anderen Bundesländern, die Hochschulen des Landes verpflichtet werden, das dialogorientierte Serviceverfahren anzuwenden.

Rasmus Andresen
und Fraktion